

18. Decbr. Credit von 6 Uhr 30 Min. Abends 268. Die Abendbörse war durch das bläher unaußgeklärte Verschwinden des Directors der Reichsanstalt der Niederösterreichischen Oeconomiegesellschaft, Jauner, erschüttert. Die Gerüchte über seinen Selbstmord haben sich bisher nicht bestätigt.

Dresdner Nachrichten

Tageblatt für Politik, Unterhaltung, Geschäftsverkehr, Börsenbericht, Fremdenliste.

Wild- und Geflügelhandlung C. Müller
empfehlen Wild und Geflügel zu billigsten Preisen.
Johannesstr. 17.
am Friesenischen Platz.

Brühl & Guttentag
Altmarkt 26
empfehlen in enormer Auswahl hervorragendste Neuheiten aller Tapissierarbeiten.

Beste u. billigste Bezugsquelle für **Wild u. Geflügel** jeder Art.
Unger's Wild- u. Geflügel-Handlung
13 grosse Schlessengasse 13.

Magazin feiner Lederwaaren
Kunstgewerbliche Gegenstände
Bernhard Rüdiger, Wildstrasserstrasse 2, zunächst dem Altmarkt.

Wollene Schlafdecken, Kameel- u. Naturwolledecken W. Metzler, Altmarkt 15.
größtes Lager am Platz, in allen Qualitäten. Preiscurant gratis und franco. Bitte genau auf Firma und Nummer zu achten.

Nr. 354. 29. Jahrgang. Auflage: 40,000 Expl. Dresden, 1884. Freitag, 19. Decbr.

Verantwortlicher Redacteur für Politisches Dr. Emil Störck in Dresden.
20,000 Mark aus Sparanleihsgründen dem Reichsanstalt zur ordnungsmäßigen Führung des auswärtigen Amtes streichen, sich selbst hingegen etwa 1 Million Mark als Tagelöhler bewilligen, trotz der möglichen Finanzlage — das reimt sich schlecht. Aber unser lieber Reichstag setzt sich über solche Widersprüche hinweg. Logik existirt nicht für seine Beschlüsse, was hat er auch nöthig Gründe anzugeben? Gern ein Knicker, wo dringliche Interessen des germanischen Reiches in Frage kommen, sieht der Reichstag heute die Spendebüchsen an, wenn es sich um Tagelöhler für seine eigenen Mitglieder handelt. Unter den jetzigen Verhältnissen hat der Dänen-Antrag nicht die geringste Aussicht auf Annahme im Bundesrathe. So sehr wir ihn für sachlich begründet halten — augenblicklich ist er unzeitgemäß. Wenn überall gepostet werden muß, erscheint es unschicklich, daß der Reichstag für sich selbst eine so große Ausgabe verlangt. Für seine Nachfolger — Das wäre taktvoller. Die Beratung des Antrages selbst streifte abermals die Frage der Vereinbarkeit von Tagelöthern mit dem jetzt geltenden Wahlrecht. Andeutungen, nach welchen Richtungen hin es abzuändern sei, wurden nicht gemacht. Wir können daher diesen Punkt auch auf sich beruhen lassen. Die Verhandlungen selbst führten eine lustige Perle an die Tribüne. Wunderlicherweise löste sich der Spasmacher aus den Reihen der Sozialdemokraten heraus. Der Abg. Sabor erweiterte allerdings ganz unvorteilhaft den Reichstag. Sein fomisches Pathos, die originellen Reden des jüdischen Vertreters von Frankfurt a. M. haben dem Reichstage eine vergnügliche halbe Stunde bereitet. Das ist auch ein Verdienst. Am Meisten wird sich Herr Sonnemann über das lustige Debut seines Verdrängers amüsiren. So bei einer Jungferrede a u d g e l a d t zu werden, ist bitter; aber die Eitelkeit kann gar keine empfindlichere Schädigung erdulden.

werde, ohne sich mit dem Landtag ins Einvernehmen zu setzen, keinerlei irgendwie entscheidende Schritte gethan sind. Man nimmt an, daß diese entscheidenden Schritte nicht mehr lange auf sich warten lassen. In Braunschweig macht sich die Stimmung der Bevölkerung immer kräftiger dahin geltend, daß die nicht bloß gerechtfertigt sondern auch einfache Lösung der Kronfolgestrage nur darin zu suchen sei, wenn der Herzog von Cumberland als deutscher Reichsfürst Herzog von Braunschweig wird, nachdem er zuvor sich mit dem Kaiser Wilhelm in Berlin vereinigt. Wir verweisen darüber auf einen Artikel in der Tagesgeschichte. Sowie dem Kaiser Wilhelm erst dieser Tage als Gast bei Kaiser Wilhelm in Berlin gewesen, nimmt man an, daß die Vermittlung sichtlich weit gediehen sei. Es liegt (also läßt sich das „Berl. Tgl.“ vernehmen) auf der Hand, daß, wenn dem Herzog überhaupt erst der Zugang zu dem kaiserlichen Wohlwollen erschlossen ist, die weitere Verhandlung sehr rasch vor sich gehen kann, zumal, wenn die Versicherungen und Erklärungen durch die begleitenden Erklärungen eines dem Kaiser freundschaftlich zu nahe stehenden Regenten, wie es der König von Sachsen ist, noch eine besondere Rücksicht erhalten. Und unter dem Einfluß dieses wohlwollenden Vermittlers werden ohne Zweifel auch die Bedingungen, die der Kaiser auf den Rath des Königs dem neuen Bundesfürsten vorschreiben möchte, nicht so scharf und gravirend ausfallen, daß der Sohn des Königs von Hannover sie nicht unterzeichnen könnte. Wie viel Thatkräftiges diesen Ausführungen zu Grunde liegt, entzieht sich zunächst noch der allgemeinen Kenntniß. Sowie aber die unabhängige Meinung einen Einfluß auf die schließliche Regelung der Braunschweiger Frage ausüben kann, wollen wir unferneits nicht mit dem Bekenntnis zurückhalten, daß das Wohlwollen des Volkes die Entscheidung einer Reichsfrage nach dem Rechte und nicht nach Zweckmäßigkeitsgründen verlangt und erwartet. Gerade in den Zeiten, wo die Umhüllungsbestrebungen so häufig zu Tage treten, ist es von allerhöchster Wichtigkeit, daß das gute Recht im Reiche geschätzt wird. Wenn unserm König eine bedeutende Mitwirkung dabei zu Theil wurde, daß Recht bleibt, so würde das sächsische Volk mit ganz besonderem freudigen Stolze auf seinen Fürsten und Schirmherren blicken. Denn es bleibt wahr: *justitia regnum fundamentum.*

beiter Rechnung, wie das Wohlbefinden der Arbeiter in Greiz beweise. Abg. Bebel: Hartwig habe nicht für die Arbeiter, sondern für die Arbeitgeber gesprochen, die unzufrieden seien, daß sie ein Drittel der Beiträge zahlen sollten und diese Unzufriedenheit laut bekundeten, besonders in Dresden. Durch das Sozialdemokraten zum Vortritt gemachte Ansticheln von Unzufriedenheit würden die bestehenden Uebelstände befestigt. Abg. Hartwig protestirt gegen die Insinuation des Vortreters, wonach er von Dresdener Arbeitgebern veranlaßt worden sei, seine Stellung im Hause dazu zu missbrauchen, für ihre Spezialinteressen einzutreten. Es sei das eine infame Beschuldigung. (Der Präsident rügt diesen Ausbruch und ruft den Redner zur Ordnung.) Was die Unzufriedenheit anlangt, so sei dies wie mit dem Gifte, in keinem Tode könne es bei richtiger Anwendung heilsam wirken, die Sozialdemokraten ergo es aber phantastisch ein (Beifall!) Abg. Bebel will den Abg. Hartwig noch im Laufe dieser Session durch Einbringung eines Geheißentwurfes, der auf dem Boden der heutigen Gesellschaftsordnung stehe, Gelegenheit geben seine arbeitervreundliche Gesinnung zu beweisen. Der von der Kommission vorgeschlagene Entwurf wird einstimmig angenommen. Eine Resolution der Sozialdemokraten, den Bundesrat um Ausarbeitung von Normativbestimmungen für die freien Hilfsstellen zu ersuchen, wurde gegen die Stimmen der Antragsteller abgelehnt. Den Schluß bildeten Wahlprüfungen, und erfolgte dann die Vertagung des Reichstages bis zum 8. Januar 1885. Tagesordnung: Etat des Ministeriums des Innern, Nachtragsetat für Kamerun.
Berlin. Der Afrikanischen Konferenz präsidirte an Stelle des am Typhus erkrankten Grafen Dönhoff der Unterstaatssekretär Dr. Büch. Graf Dönhoff brachte einen Vorschlag ein, wonach der internationale Postvertrag von 1878 auf das konventionelle Kongressgebiet Anwendung finden soll. Ein Verein mehrerer Deutscher in Paris stellte dem Reichskanzler eine Summe zur Verfügung, welche für Freizug einer zweiten Direktstelle im auswärtigen Amte erforderlich ist, zunächst für ein halbes Jahr. In dem Telegramm heißt es, die Weber wünschten, daß ein Deutschland würdevolleres neues Abstinenzschickel vor Anhang auch des zweiten herrlichen Senatus stattfinden werde. In der Redaktion der „Samb. Nachr.“ erschien nach dem Bekanntwerden der Ablehnung eine Ältere, sehr angelegene Hamburger Dame, die entrüstet über die Ablehnung, sofort bedeutende Summen zur Gründung eines Fonds beitrug, woraus die abgelehnten 20,000 M. alljährlich zur Verfügung gestellt werden sollten. — Die Ernennung des Unterstaatssekretärs im auswärtigen Amte, Dr. Büch, zum Gesandten in Bukarest erfolgt wahrscheinlich erst im Frühjahr.
Berlin. Der Bundesrat übertrug den Geheißentwurf betreffend den Reichsbeitrag zu den Bremer Zollanklassungen zur Ansichtberatung und nahm in zweiter Lesung das Kostveranschlagungsgesetz an.
Bern. Dem Nationalrathe ist folgender Antrag zugegangen: Infolge der dem deutschen Reichstage gemachten Vorlage die Subvention der Dampferlinien und die Frage, ob die Linien von Genoa oder Triest auszugehen haben, betreffend, muß die Schweiz-Gottthardbahn wünschen, daß Genoa zum Ausgangspunkt gewählt werde. Darum sei der Schweizer Bundesrat zu ersuchen, durch geeignete Schritte bei Entscheidung obiger Frage das Interesse der Schweiz zu wahren.
Berlin. Die Schiffsfahrtskasse für den Congo und Niger wurde heute fertig gestellt. Man findet eine Kommissionsrechnung über einige untergeordnete Punkte statt. Der heutigen Sitzung präsidirte Unterstaatssekretär Dr. Büch, da Graf Dönhoff krank ist.
Dresden. Sämmtlichen Büchern der Lehnsgüter im Fürstenthum Oels ist die Pacht zum 15. Juli 1885 gekündigt worden. Man glaubt, daß die Pachtverträge auf veränderter Grundlage erneuert werden. Ein Lehnbesitzer soll nicht berechtigt sein, Lehnspachtverträge über Lebenszeit hinaus abzuschließen.
Bremen. Der „Londondampfer „Athen“, welcher am 14. d. M. hier ab- und am 16. d. Mts. von Southampton weitergegangen ist, lösterte am Mittwoch um 2 Uhr Morgens an der Höhe von Lyard mit einem englischen Dampfer, wahrscheinlich dem „Hoyl“, welcher kurz denselben Cours hielt, dann aber den Cours des Dampfers „Athen“ zu kreuzen versuchte. Der „Athen“ verlor nach Southampton zurück und geht nach Ausbesserung seiner leichten Beschädigung heute nach New-York weiter. Der englische Dampfer ist in Falmouth eingelaufen. Menschen sind nicht verunglückt.
Kassel. Der Frankfurt-Weimarer Nachtzettelung entlegte zwischen Greya und Zimmerode infolge eines Druckfehlers die beiden. Ein Passagier wurde leicht verletzt und es trat eine mehrstündige Verkehrsstörung ein.
Paris. „Justice“ behauptet, daß in Hamburg englische Schiffe fortwährend Krapphantenn, Gewehre und Munition für China einschiffen.
London. Die Municipalität Londons beschloß 5000 Pfund für Festnahme des Urheber der Explosion von Vendonbrige auszugeben. Die heutigen abermaligen Beschuldigungen ergaben, daß die Beschuldigungen der Grundmauern beträchtlicher sind, als anfangs angenommen wurde und daß die Risse im Mauerwerk handgroß sind.
London. Bei dem Polizeigericht Grant-Panmouth begann gestern die von der britischen Regierung veranlaßte Untersuchung gegen die englischen Fischer, welche am 29. August auf der Höhe der holländischen Küste den deutschen Rutter Diederich gebländert hatten. Die Fischer sind der Seerauberei und des Diebstahls angeklagt.
Dobru. Bei Durchsichtung einiger gestern vom Kontinent angefangener Waaren durch Zollbeamte wurden in einer Kiste, die nach der Deklaration Guferten enthalten sollte, gegen 200 Pfund Dynamit dargelunden.

Sachgemäß und ruhig betheiligten sich die Gesinnungsgenossen des eiflen Sabors, die Abg. Viehbach und von Bollmar an den Verhandlungen. Namentlich ersterer hat mit ungewohnter Mäßigkeit gesprochen, während er sonst selten die Tribüne ohne einen Ordnungsruf verläßt. Es handelte sich um die Verhaftung zweier sozialdemokratischer Abgeordneter des vorigen Reichstages, die bei der Rückkehr von dem Kopenhagener Sozialistenkongresse die Polizei in Kiel anhielt in der Hoffnung, Beweismaterial für Umsturzpläne zu finden. Ob dabei die Polizei Uebergriffe sich hat zu Schulden kommen lassen, welche ihre Befugnisse zur Ausübung des Abgeordnetenmandats beeinträchtigen, das ist die Streitfrage. Die Sozialdemokraten behaupten es, die Behörden bestritten es. Namentlich bestritten sie, daß seitens der Polizei irgend ein dolus vorzulegen habe. Die Angelegenheit wird in der Kommission zu untersuchen sein. Ohne Rücksicht auf die Verteilung Derer, die hier in Frage kommen, muß man sagen: der Reichstag soll die Wahrung seiner Würde nicht auf die leichte Kachel nehmen. Die Verfassung schreibt ausdrücklich die Unverletzlichkeit der Abgeordneten vor. Jede Verletzung derselben ist eine Verletzung der Verfassung. Verfassungsfragen soll man aber ernst nehmen. Die Welt ist rund, die Regierungen wechseln; was heute einem Sozialdemokraten passiert, kann morgen einem Konservativen passieren. Der Mißbrauch der Privilegien der Abgeordneten ist allerdings ebenso verwerflich, wie die Schmälerung der verfassungsmäßigen Rechte des Reichstages. Daß man den sozialdemokratischen Abgeordneten ziemlich weltverbreitet zutraut, daß sie ihre bevorzugte Rechtsstellung dazu verwenden, gegen die Interessen des Reichs zu handeln, wissen sie selbst am besten.

Neueste Telegramme der „Dresdner Nachr.“ vom 18. Decbr.

Berlin. Reichstag. Eingegangen: Geheißentwurf betreffend Ausdehnung des Unfallversicherungsgebietes auf das Transporthandeln. Auf Antrag des Abg. v. Benda wird das bisherige Präsidium der Reclamation definitiv gewählt. Es folgt zweite Beratung des sozialdemokratischen Antrages zur Abänderung des Kronfolgestatutes. Der Antrag ging dahin, den Termin für das Inkrafttreten des Gesetzes hinauszufchieben. Dieser Antrag ist durch das im vorigen Reichstage erlassene Inkrafttreten des Gesetzes abgelehnt. Die Kommission, welcher der sozialdemokratische Antrag zur Vorbereitung überwiesen worden war, empfiehlt eine Gesetzesnovelle, die Mitglieder solcher bestehenden Hilfsstellen, welche am 1. Dec. 1884 den dortselbst festgesetzten Anforderungen noch nicht genügt, aber bereits vor diesem Tage die zur Erfüllung dieser Anforderungen erforderliche Abänderung ihrer Statuten mit dem Antrag auf fernere Zustimmung oder Genehmigung bei der zuständigen Stelle eingewandt haben, gestattet, sofern sie der Kasse schon vor dem 1. Dec. 1884 angehört haben, aus demjenigen Orte, Betriebs- (Fabriks-), Bau- oder Zimmungs-Krankentasse, welcher sie auf Grund des Krankenversicherungsgesetzes vermöge ihrer Beschäftigung angehören, auch im Laufe des Rechnungsjahres und ohne die vorgeschriebene Kündigung auszutreten, wenn 1) die Hilfskasse, welcher sie angehören, die fernere Zulassung oder Genehmigung auf Grund abgeänderter Statuten bis zum 1. Juli 1885 erteilt, 2) der Austritt innerhalb 4 Wochen nach erfolgter fernerer Zulassung oder Genehmigung der Kasse bei der zuständigen Stelle angemeldet wird. Abg. Hartwig (konservativ) plaidirt mit großer Wärme dafür, daß der Bundesrat diese Novelle mit thätigster Beschleunigung erlasse, damit sie noch als Weihnachtsgabe in's Land hinausgehe. Er beruft sich zur Begründung seines Wunsches auf die Verhältnisse in Sachsen mit seinen zahllosen freien Kassen. Derselben seien rechtlich bemäht gewesen, ihre Statuten rechtzeitig dem Kronfolgestatut anzupassen; aber dem hätten sich häufig große statutenmäßige Schwierigkeiten entgegengestellt. Der gegenwärtige Zustand schaffe Unzuverlässigkeit zwischen Arbeitgeber und Arbeiter. Für Arbeiter, welche Krankheiten angehten, müßten die Arbeitgeber ein Drittel der Beiträge zahlen, während sie für Arbeiter, die in genehmigten freien Kassen sind, keine Beiträge zu entrichten haben. Das führe dazu, daß sich die Arbeitgeber der Arbeiter zu entziehen suchten, die nicht in freien Kassen sind. Diesem Zustande sei so rasch als möglich ein Ende zu machen und deshalb bitte er die verbündeten Regierungen, den Erlaß der beantragten Novelle zu beschleunigen. (Beifall.) Staatssekretär v. Wittich mündlich gleichfalls Beschleunigung, kann aber nicht versprechen, daß das Gesetz schon als Weihnachtsgabe erlassen werden könne. Es komme auch weniger auf den beschleunigten Erlaß dieses Gesetzes, als auf Beschleunigung der Genehmigung der Statuten an. Abg. Rogyer erklärt, für den Entwurf der Kommission zu stimmen, obwohl derselbe nur eine Abschmächung des von ihm und seinen Freunden gestellten Antrages sei. Hartwig habe eine Rede gehalten, mit der er sich den Sozialdemokraten nähere. Rogyer tritt ferner das Krankenversicherungsgesetz und bespricht sich über die Erledigung der Prüfung der Statuten von freien Kassen in Leipzig. Abg. Graf Walburg-Beil (Centrum) erklärt sich für den Antrag der Kommission. Abg. Richter-Sagen führt Beschwerde über die reuigliche Regierung wegen ihres Vorgehens gegen eine freie Kasse. Er habe in dieser Beziehung Briefe aus von konservativen Männern erhalten, die sich über die Behandlung, die der Kasse zu Theil geworden, bitter beklagen. Staatssekretär v. Wittich erwidert, wenn die Beschwerde auf ein Recht ruhe, an die zuständige Stelle, an den Reichsanstalt gerichtet worden wäre, so würde sie geprüft und eventuell berücksichtigt worden sein. Abg. Hartwig dankt dem Vertreter der verbündeten Regierungen für die entgegenkommende Erklärung und wendet sich sodann gegen die persönlichen wie die gegen das Krankenversicherungsgesetz gerichteten Angriffe Rogyer's. Das Gesetz sei eine Wohlthat für die armen Arbeiter, die noch nicht aus eigener Intelligenz entsprechende Einrichtungen unter sich getroffen. Abg. Tschudin weist energisch einen vom Abg. Richter erhobenen Vorwurf auf seine Glaubwürdigkeit zurück. Die Leipziger Behörden hätten nichts unterlassen, die Ausführung des Gesetzes zu fördern. Daß das in Sachsen mit seiner starken industriellen Bevölkerung und seinen zahlreichen Kassen viel schwieriger sei, als anderwärts, liege auf der Hand. Abg. Richter kommt auf den preussischen Fall zurück. Eine Beschwerde an den Reichsanstalt würde verpöblich gewesen sein. Die entscheidenden Schiedsinstanzen zeigten, daß die deutsch-freiwirtschaftliche Partei recht gehabt, als sie gegen das Krankenversicherungsgesetz stimmte. Abg. Dr. Rogyer weist die Angriffe Richter's gegen die reuigliche Regierung zurück. Derselbe trage den Interessen der Ar-

beiter Rechnung, wie das Wohlbefinden der Arbeiter in Greiz beweise. Abg. Bebel: Hartwig habe nicht für die Arbeiter, sondern für die Arbeitgeber gesprochen, die unzufrieden seien, daß sie ein Drittel der Beiträge zahlen sollten und diese Unzufriedenheit laut bekundeten, besonders in Dresden. Durch das Sozialdemokraten zum Vortritt gemachte Ansticheln von Unzufriedenheit würden die bestehenden Uebelstände befestigt. Abg. Hartwig protestirt gegen die Insinuation des Vortreters, wonach er von Dresdener Arbeitgebern veranlaßt worden sei, seine Stellung im Hause dazu zu missbrauchen, für ihre Spezialinteressen einzutreten. Es sei das eine infame Beschuldigung. (Der Präsident rügt diesen Ausbruch und ruft den Redner zur Ordnung.) Was die Unzufriedenheit anlangt, so sei dies wie mit dem Gifte, in keinem Tode könne es bei richtiger Anwendung heilsam wirken, die Sozialdemokraten ergo es aber phantastisch ein (Beifall!) Abg. Bebel will den Abg. Hartwig noch im Laufe dieser Session durch Einbringung eines Geheißentwurfes, der auf dem Boden der heutigen Gesellschaftsordnung stehe, Gelegenheit geben seine arbeitervreundliche Gesinnung zu beweisen. Der von der Kommission vorgeschlagene Entwurf wird einstimmig angenommen. Eine Resolution der Sozialdemokraten, den Bundesrat um Ausarbeitung von Normativbestimmungen für die freien Hilfsstellen zu ersuchen, wurde gegen die Stimmen der Antragsteller abgelehnt. Den Schluß bildeten Wahlprüfungen, und erfolgte dann die Vertagung des Reichstages bis zum 8. Januar 1885. Tagesordnung: Etat des Ministeriums des Innern, Nachtragsetat für Kamerun.
Berlin. Der Afrikanischen Konferenz präsidirte an Stelle des am Typhus erkrankten Grafen Dönhoff der Unterstaatssekretär Dr. Büch. Graf Dönhoff brachte einen Vorschlag ein, wonach der internationale Postvertrag von 1878 auf das konventionelle Kongressgebiet Anwendung finden soll. Ein Verein mehrerer Deutscher in Paris stellte dem Reichskanzler eine Summe zur Verfügung, welche für Freizug einer zweiten Direktstelle im auswärtigen Amte erforderlich ist, zunächst für ein halbes Jahr. In dem Telegramm heißt es, die Weber wünschten, daß ein Deutschland würdevolleres neues Abstinenzschickel vor Anhang auch des zweiten herrlichen Senatus stattfinden werde. In der Redaktion der „Samb. Nachr.“ erschien nach dem Bekanntwerden der Ablehnung eine Ältere, sehr angelegene Hamburger Dame, die entrüstet über die Ablehnung, sofort bedeutende Summen zur Gründung eines Fonds beitrug, woraus die abgelehnten 20,000 M. alljährlich zur Verfügung gestellt werden sollten. — Die Ernennung des Unterstaatssekretärs im auswärtigen Amte, Dr. Büch, zum Gesandten in Bukarest erfolgt wahrscheinlich erst im Frühjahr.
Berlin. Der Bundesrat übertrug den Geheißentwurf betreffend den Reichsbeitrag zu den Bremer Zollanklassungen zur Ansichtberatung und nahm in zweiter Lesung das Kostveranschlagungsgesetz an.
Bern. Dem Nationalrathe ist folgender Antrag zugegangen: Infolge der dem deutschen Reichstage gemachten Vorlage die Subvention der Dampferlinien und die Frage, ob die Linien von Genoa oder Triest auszugehen haben, betreffend, muß die Schweiz-Gottthardbahn wünschen, daß Genoa zum Ausgangspunkt gewählt werde. Darum sei der Schweizer Bundesrat zu ersuchen, durch geeignete Schritte bei Entscheidung obiger Frage das Interesse der Schweiz zu wahren.
Berlin. Die Schiffsfahrtskasse für den Congo und Niger wurde heute fertig gestellt. Man findet eine Kommissionsrechnung über einige untergeordnete Punkte statt. Der heutigen Sitzung präsidirte Unterstaatssekretär Dr. Büch, da Graf Dönhoff krank ist.
Dresden. Sämmtlichen Büchern der Lehnsgüter im Fürstenthum Oels ist die Pacht zum 15. Juli 1885 gekündigt worden. Man glaubt, daß die Pachtverträge auf veränderter Grundlage erneuert werden. Ein Lehnbesitzer soll nicht berechtigt sein, Lehnspachtverträge über Lebenszeit hinaus abzuschließen.
Bremen. Der „Londondampfer „Athen“, welcher am 14. d. M. hier ab- und am 16. d. Mts. von Southampton weitergegangen ist, lösterte am Mittwoch um 2 Uhr Morgens an der Höhe von Lyard mit einem englischen Dampfer, wahrscheinlich dem „Hoyl“, welcher kurz denselben Cours hielt, dann aber den Cours des Dampfers „Athen“ zu kreuzen versuchte. Der „Athen“ verlor nach Southampton zurück und geht nach Ausbesserung seiner leichten Beschädigung heute nach New-York weiter. Der englische Dampfer ist in Falmouth eingelaufen. Menschen sind nicht verunglückt.
Kassel. Der Frankfurt-Weimarer Nachtzettelung entlegte zwischen Greya und Zimmerode infolge eines Druckfehlers die beiden. Ein Passagier wurde leicht verletzt und es trat eine mehrstündige Verkehrsstörung ein.
Paris. „Justice“ behauptet, daß in Hamburg englische Schiffe fortwährend Krapphantenn, Gewehre und Munition für China einschiffen.
London. Die Municipalität Londons beschloß 5000 Pfund für Festnahme des Urheber der Explosion von Vendonbrige auszugeben. Die heutigen abermaligen Beschuldigungen ergaben, daß die Beschuldigungen der Grundmauern beträchtlicher sind, als anfangs angenommen wurde und daß die Risse im Mauerwerk handgroß sind.
London. Bei dem Polizeigericht Grant-Panmouth begann gestern die von der britischen Regierung veranlaßte Untersuchung gegen die englischen Fischer, welche am 29. August auf der Höhe der holländischen Küste den deutschen Rutter Diederich gebländert hatten. Die Fischer sind der Seerauberei und des Diebstahls angeklagt.
Dobru. Bei Durchsichtung einiger gestern vom Kontinent angefangener Waaren durch Zollbeamte wurden in einer Kiste, die nach der Deklaration Guferten enthalten sollte, gegen 200 Pfund Dynamit dargelunden.

Des Weiteren beschäftigte sich der Reichstag mit einem schon von früher der bekannten Schmersenschei der Polen. Einigemale nahm die Debatte den Ansehen, als handle es sich um die Frage, ob Polen wieder hergestellt werden solle oder nicht? Den Anlaß dazu gab die Fassung eines Antrages, der eine Abänderung des Gerichtsverfassungsgesetzes bezweckte. In seinem ersten Theile ist der Antrag für jeden deutschsprechenden Abgeordneten (Schlechtsdungs) unannehmbar. Darnach soll nämlich in den an Preußen 1772 erhaltenen ehemals polnischen Gebietsstellen neben der deutschen auch die polnische Sprache vor Gerichten gleichberechtigt sein, d. h. also außer in Polen auch noch im ganzen Reichsgebiet mit seiner vorwiegend deutschen Bevölkerung, ferner in ganz Westpreußen mit den deutschen Städten Danzig, Marienwerder, Marienburg u. s. w. Welch ein Verlangen! Für wie gutmüthig-dumm halten denn die Herren Polen! Selbstverständliche lassen sie aber bei ihrem Antrage Polnisch-Schlesien unberücksichtigt, obwohl auch dort eine Bevölkerung lebt, die sehr mancherlei Unzutuglichkeiten aus der aus schließlichsten Anwendung des Deutschen als Gerichtssprache erfährt. Also damit ist es nicht, wenn sich die Polen einbilden, auf Kosten und mit Hilfe Deutschlands ihr Vaterland wiederherstellen zu können, so beweisen sie nur, was sie für unverbesserliche Trümmen sind. Anders steht es mit dem 2. Theile des polnischen Antrages; er will ganz allgemein, daß überall im deutschen Reiche, wo vor Gerichten unter Parteien verhandelt wird, die der deutschen Sprache nicht mächtig sind, ein Polnisch auszusprechen und solchenfalls ein Nebenprotokoll in der Sprache der Parteien aufzunehmen ist. Dieser Theil des Antrages müßte durchaus sympathisch an; es ermöglicht eine bessere Gerichtsflöße, wenn künftig nicht mehr Parteien ein Protokoll unterschreiben, dessen Inhalt sie nicht verstehen. Inwiefern man dieses billige Verlangen in Gesetzesform zu kleiden hat, wird Sache der Kommission sein, an die der Antrag ging.
Neben Interesse wird man den Verhandlungen des Braunschweiger Landtages entgegenbringen. Der aus Anlaß des Todes des Herzogs Wilhelm zusammenberufene außerordentliche Landtag wurde am 27. October wieder vertagt und ist jetzt gelöst worden, aber nur, um dem ordentlichen Landtage Platz zu machen. In der Schlussung des ersten Theiles der Minister Görzy-Weißberg mit, daß seit der Vertagung, wo das Ministerium den Reichswechel mit dem Kaiser und dem Herzog von Cumberland mitgetheilt und gelobt hatte, daß der Regenschatzrathe keine entscheidenden Schritte bezüglich der Zukunft des Landes thun

Verantwortlicher Redacteur für Politisches Dr. Emil Störck in Dresden.

Samas u. Francke
5 Antonienplatz 5, Postkass.

empfehlen Marie Ulbig geb. Metzler